

<https://tkp.at/2024/03/27/gesetz-in-us-bundesstaat-louisiana-verbannt-who-uno-und-wef/> 7.3.2024

Gesetz in US Bundesstaat Louisiana verbannt WHO, UNO und WEF
„Die Weltgesundheitsorganisation (WHO), die Vereinten Nationen (UN) und das Weltwirtschaftsforum (WEF) haben im Bundesstaat Louisiana keine Jurisdiktion oder Kompetenzen.“

In einem wegweisenden Schritt für die Souveränität des Staates und die lokale Verwaltung verabschiedete der Senat von Louisiana am Dienstag die Senate [Bill No. 133](#), ein Gesetz, das darauf abzielt, den Einfluss und die Zuständigkeit bestimmter internationaler Organisationen innerhalb des Staates erheblich einzuschränken.

Der Gesetzentwurf wurde einstimmig mit 37 Ja-Stimmen [angenommen](#).

.....

<https://tkp.at/2024/03/25/daenische-arzneimittelbehoerde-warnt-vor-neuer-mrna-nebenwirkung/> 25.3.2024

Dänische Arzneimittelbehörde warnt vor neuer mRNA-Nebenwirkung
Von „sicher und wirksam“ spricht schon länger keiner mehr. Dänemark warnt davor, dass chronische Nesselsucht eine mögliche Nebenwirkung der Moderna-mRNA-Injektion ist. Auch die EU stimmt zu.

Eine neue Untersuchung aus Dänemark kommt zur Einsicht, dass chronischer Nesselausschlag mit der Moderna mRNA-Spritze mitkommen kann. Die Europäische Arzneimittelbehörde (EMA) stimmt mit dem dänischen Ergebnis überein, rüttelt allerdings nicht an der Zulassung des Medikaments.

Aktualisierte Nebenwirkung

So hat die Studie ergeben, dass die Wahrscheinlichkeit, chronischen Nesselausschlag zu bekommen, 7-13 Tage nach der dritten Dosis des Moderna-Impfstoffs am größten war. [Darüber berichtet der schwedische Journalist Peter Imanuelsen](#). Er schreibt am Sonntag:

„Es wurde festgestellt, dass Menschen, die die Injektion erhielten, ein dreimal höheres Risiko hatten, chronischen Nesselausschlag zu entwickeln

als die übrige Bevölkerung. Sie sagen auch, dass vor allem junge Männer häufiger von dieser Nebenwirkung betroffen sind.

Interessant ist, dass die dänischen Behörden bereits im Jahr 2021 warnten, sie hätten Hinweise darauf gefunden, dass chronische Nesselsucht eine Folge des Moderna-Impfstoffs sein könnte, aber es gebe nicht genügend Daten, um dies zu bestätigen.

<https://impfentscheidung.online/stiko-verschwiegene-interessenkonflikte-beim-neuen-vorsitzenden/> 26./27.3.2024

STIKO – Verschwiegene Interessenkonflikte beim neuen Vorsitzenden?
Verschweigt Prof. Überla, der neu gewählte Vorsitzende der STIKO, einen Interessenkonflikt?

Laut Geschäftsordnung [1] der STIKO muss jedes Mitglied mögliche Interessenkonflikte offenlegen. Diese werden veröffentlicht, um eine größtmögliche Transparenz zu gewährleisten. Mitglieder mit Interessenkonflikten werden dann von Beratungen und Beschlussfassung bei den betroffenen Themen ausgeschlossen.

Wie aus einem Fachartikel [4] hervorgeht, hat Prof. Überla ein Patent auf eine Passivimpfung mit COVID-Antikörpern angemeldet und ist Gesellschafter einer Firma, die extra für die Vermarktung dieses Produktes gegründet wurde [5]. Die Antikörper sollen sowohl vorbeugend (präventiv), also auch zur Vermeidung von schweren oder tödlichen Verläufen, sowie von Long COVID eingesetzt werden. Dies geht sowohl aus der Patentanmeldung [6] als auch aus dem Geschäftszweck der Firma [5] hervor.

Müsste der STIKO-Vorsitzende diesen Umstand, dass er Patentinhaber und Vertreiber einer passiven Impfung gegen COVID ist, nicht unbedingt als Interessenkonflikt anzeigen und veröffentlichen? Warum ist das nicht geschehen?

Prof. Überla ist seit März 2024 Vorsitzender und seit 2017 Mitglied der STIKO [2]. Er ist auch seit mindestens Juni 2020 Mitglied in der COVID-Arbeitsgruppe der STIKO [3].

Hätte Prof. Überla von Beratungen und Beschlüssen betreffend das Thema COVID ausgeschlossen werden müssen?

Die Definition von Interessenkonflikten in der STIKO Geschäftsordnung ist zudem viel schwächer als die Definition des Dachverbands „Arbeitsgemeinschaft der Wissenschaftlichen Medizinischen Fachgesellschaften“ (AWMF), dem 183 Fachgesellschaften der Medizin angehören [7]:

Nach den Schwärzungen der STIKO-Protokolle ([wir berichteten](#)) ist dies der zweite Vorfall innerhalb der neuen STIKO, der massiv das Vertrauen der Bürger beschädigt. Wie viel Einfluss hat die Industrie auf diese Kommission des staatlichen Robert Koch-Instituts und was wird noch verschwiegen?

Die Initiative freie Impfentscheidung (IFI) fordert die STIKO, das Robert Koch-Institut und das Bundesgesundheitsministerium auf, endlich alle Karten auf den Tisch zu legen und für eine umfassende Transparenz zu sorgen!

<https://www.msn.com/de-de/gesundheit/other/stiko-vorsitzender-f%C3%BCr-impfungen-in-schulen/ar-BB1kqRey> 24.3.2024

Stiko-Vorsitzender für Impfungen in Schulen

Berlin (dts Nachrichtenagentur) - Der Vorsitzende der Ständigen Impfkommision (Stiko), Klaus Überla, spricht sich für Impfungen in Schulen aus. Um die Zahl der Impfungen gegen krebserregende HPV-Infektionen bei Jugendlichen zu steigern, sollten dringend neue Wege beschritten werden, sagte der Virologe den Zeitungen der Funke-Mediengruppe (Sonntagsausgaben).

"In anderen Ländern sieht man, dass man die besten Impfraten im Rahmen von Schulimpfungen erzielt." Man müsste auch in Deutschland Impfungen in der Schule anbieten. "Das wäre eine gute Möglichkeit, die Rate zu steigern und damit langfristig Leben zu retten." Die Verträglichkeit der Impfstoffe gegen HPV sei hervorragend, Studien zeigten, dass die Impfung hocheffektiv sei. "Es gibt also überhaupt keinen Grund, diese Impfung nicht zu machen", so der Stiko-Chef.

Grundsätzlich sei es überdies sinnvoll, in den Schulen mehr über die Entstehung von Tumoren und über die Wirksamkeit von Impfungen zu informieren, ergänzte Überla. Die HPV-Infektion als weit verbreitete Geschlechtskrankheit könne dabei als Einstieg dienen.

Überla kündigte zudem eine Impfempfehlung gegen RSV-Infektionen bei Kleinkindern an: "Wir werden noch vor der Sommerpause einen Beschluss dazu fassen", so der Virologe. Damit werde es noch vor der Infektionssaison im Herbst eine Stiko-Empfehlung zum Schutz von Säuglingen vor der RSV-Erkrankung geben.

<https://multipolar-magazin.de/artikel/rki-protokolle-3> 25.3.2024

RKI-Protokolle: ZDF und SPIEGEL verfälschen nachträglich Ihre Berichte
Die von Multipolar freigelegten RKI-Protokolle sind seit dem Wochenende Thema in allen großen Medien. Den Durchbruch brachte ein sachlicher und solide recherchierter ZDF-Bericht, der jedoch nachträglich verfälschend umgeschrieben wurde. Von wem, ist bislang unklar.

Ein kurz darauf veröffentlichter SPIEGEL-Artikel war zunächst neutral formuliert, nachträglich wurden dann, ohne dies kenntlich zu machen, diffamierende Falschaussagen eingefügt. Die BILD-Zeitung berichtet derweil ohne Diffamierung – und auf Seite 1 ihrer Montagsausgabe.

Die Affäre um die die freigelegten Protokolle des Krisenstabes des Robert Koch-Institutes (RKI) wird zunehmend zu einer Medienaffäre. Nachdem Multipolar am Montag vergangener Woche (18. März) [erste Details](#) bekannt gegeben und am Mittwoch dann die mehr als 2.500 Seiten umfassenden Dokumente vollständig [veröffentlicht](#) hatte, berichteten zunächst verschiedene Medien mit kleiner bis mittlerer Reichweite – darunter [Tichys Einblick](#), das Magazin [Cicero](#), die [Epoch Times](#), [Telepolis](#) und der [Nordkurier](#). Die Leitmedien [schwiegen](#).

Das änderte sich am Samstagabend (23. März) mit einem für breites Aufsehen sorgenden [Bericht im ZDF](#), verfasst von der

Hauptstadtkorrespondentin Britta Spiekermann, seit vielen Jahren Autorin von Fernsehbeiträgen für das ZDF-Politmagazin Berlin direkt. Ihr sachlich formulierter Artikel trug auf der Basis eigener Recherche in den

Dokumenten mehrere Enthüllungen zusammen. Georg Restle, Redaktionsleiter von ARD Monitor, verbreitete den Text und [kommentierte](#):

„Wer die Corona-Protokolle des RKI ignoriert, macht seinen Job nicht richtig. Es gilt noch jede Menge selbstkritisch aufzuarbeiten. Auch und gerade für Medien.“

Kurz darauf, am Sonntagnachmittag wurde der vielgelesene ZDF-Bericht allerdings von der Redaktion [umgeschrieben](#). Man entfernte dabei folgenden Schlüsselsatz:

„Auf welcher wissenschaftlichen Grundlage die Hochstufung erfolgt, bleibt unklar.“

Link zum ganzen Artikel mit Quellenangaben:

<https://multipolar-magazin.de/media/pdf/rki-protokolle-3.pdf>

<https://apollo-news.net/lauterbach-erfindet-auslands-geheimdienste-hinter-rki-files-und-setzt-auf-den-typischen-vorwand-jedes-bananendiktators/> 26.3.2024

Lauterbach erfindet Auslands-Geheimdienste hinter RKI-Files – und setzt auf den typischen Vorwand jedes Bananendiktators

„Einmischung fremder Regierungen“ sieht Lauterbach im Kontext der RKI-Files. Auf Apollo News-Anfrage kann er keine Belege oder Indizien nennen. Solche Vorwürfe erfindet man normalerweise nur in Venezuela oder Russland, um die Opposition zu bekämpfen.

Der Umgang des Gesundheitsministeriums mit den Veröffentlichungen der RKI-Files ist in jeder Hinsicht bezeichnend. Zuerst schrieb Lauterbach auf X (vormals Twitter): „Medien spekulieren, RKI habe auf politische Weisung, nicht wissenschaftlich unabhängig, gearbeitet. Das ist falsch. Geschwärzt wurden va Mitarbeiter, um sie vor Hass und Hetze zu schützen. □RKI hat in der Pandemie sehr viele Leben gerettet“.

Schwurblige Sprache, Strohmännchen-Argumente und ein ritualisiertes Bekenntnis zur eigenen Linie – doch es kommt noch härter. Lauterbach legt auf X so nach: „Mein Statement zu den sogenannten ‚RKI Files‘: Aufklärung ist gut, aber wir dürfen nicht durch Einmischung fremder

Regierungen Verschwörungstheorien in sozialen Medien entstehen lassen. Das RKI hat wissenschaftlich unabhängig viel geleistet“. Im angehängten Reuters-Video nimmt er zu den Vorwürfen um angebliche „Einmischung fremder Regierungen“ keine weitere Stellung.

<https://www.tichyseinblick.de/gastbeitrag/lauterbach-rki-wieler-corona-weisungsgebundenheit/> 28.3.2024

Lauterbach leugnet Weisungsgebundenheit des RKI während Corona

Die Protokolle der Helfershelfer vom RKI lassen erahnen, was noch in der Zentralabteilung des Kanzleramtes lagert. Und sie belegen eine hierarchische Befehlsstruktur, bei der wir bislang nur wissen, wer ganz unten stand: die Bürger. Was wir hingegen bis heute nicht wissen ist, wer von ganz oben die Befehle gab? Von Saskia Ludwig

Nach Veröffentlichung der mehr als 200 schriftlichen Protokolle des Krisenstabs des Robert-Koch-Instituts (RKI) von Januar 2020 bis April 2021 sagte der Sozialdemokrat Karl Lauterbach (seit 2021

Gesundheitsminister): „Das RKI hat unabhängig von politischer Weisung gearbeitet.“ Na klar! Und die Erde ist eine Scheibe.

Warum kam von den anwesenden Journalisten nicht postwendend die Rückfrage an den Minister, der das Coronavirus-Narrativ wie kein zweiter versucht hat zu steuern, ob das RKI im Sinne des Art. 87 Abs. 3 Satz 1 GG gegenüber dem Bundesgesundheitsminister weisungsgebunden ist? Wem von den anwesenden Berichterstattern das Grundgesetz zu staubig gewesen ist, der hätte auch einen Blick nach Brandenburg werfen können. Hier hätten die staatlich subventionierten Leitmedienvertreter live erlebt, wie das RKI auch weiterhin „abhängig“ von politischer Weisung arbeitet.

.....

<https://tkp.at/2024/03/25/ermittlungen-gegen-pfizer-und-britische-beamte-wegen-betrugs-und-grob-fahrlaessiger-toetung/> 25.3.2024

Ermittlungen gegen Pfizer und britische Beamte wegen Betrugs und grob fahrlässiger Tötung

Britische Beamte, die Covid-19-„Impfstoffe“ verordnet haben, wurden wegen grob fahrlässiger Tötung angeklagt. Der ermittelnde Beamte, Mark

Sexton von der Acton Police Station in London, hat gegen britische Beamte Anklage wegen Fehlverhaltens in öffentlichen Ämtern, Amtsmissbrauchs, Betrugs durch falsche Angaben, Totschlag in Unternehmen und grob fahrlässiger Tötung erhoben. Officer Sexton wird von einem Team von Anwälten unterstützt.

Am 8. März 2024 wurde [eine neue strafrechtliche Untersuchung](#) gegen Pfizer, MHRA und britische Beamte eingeleitet. Unter der Tatbestandsnummer 6029679/21 zielt die Untersuchung insbesondere darauf ab, ein Mitglied des britischen Parlaments, Sir Graham Stuart Brady, und eine britische Ärztin, Dame June Munro Raine, zur Rechenschaft zu ziehen, die als Chief Executive Officer der britischen Aufsichtsbehörde für Arzneimittel und Gesundheitsprodukte (MHRA) tätig ist.

Diese Untersuchung ist Teil einer viel umfangreicheren Untersuchung, die Officer Sexton bereits im Jahr 2021 eingereicht hatte. Vor drei Jahren reichte Officer Sexton 1100 Seiten Beweismaterial bei der Kriminalpolizei von Hammersmith ein, das von zwei Kriminalbeamten abgezeichnet wurde.

Mark Sexton schreibt, dass die Ermittlungen siebenundzwanzig Monate seit der Veröffentlichung des ursprünglichen Kriminalberichts andauern. Er sagt: „Sie können diese Sache nicht beschönigen, weil zu viele Leute wissen, was vor sich geht, und die überzähligen Todesfälle können nicht länger verborgen oder ignoriert werden.“.....

<https://transition-news.org/klage-gegen-biontech-rumgepfuscht-manipuliert-getrickst-gelogen-und-getauscht> 23.3.2024

Klage gegen Biontech: «Rumgepfuscht, manipuliert, getrickst, gelogen und getäuscht»

Rechtsanwalt Wilfried Schmitz erklärt im Interview mit «Transition News», warum er jetzt gegen den Hersteller von Comirnaty vorgeht und warum die Verantwortlichen auf keinen Fall mit dieser Nummer durchkommen dürfen.

Warum gehen Sie ausgerechnet gegen Biontech vor? Warum nicht gegen weitere Hersteller der mRNA-Präparate?

Biontech war der mit Abstand grösste Hersteller von Covid-19-Injektionen und hat den meisten Schaden angerichtet. Wenn es gelingt, Biontech für die Injektionsgeschädigten zur Verantwortung zu ziehen, dann werden die anderen Hersteller auch fallen.

Und warum erst jetzt?

Weil ich mich nach der Willkür des 1. Wehrdienstsenats des Bundesverwaltungsgerichts in den Wehrbeschwerdeverfahren von zwei hochrangigen Offizieren gegen die Covid-19-Injektionspflicht der Bundeswehr (in der ersten Jahreshälfte 2022) erst einmal in anderen Rechtsgebieten und Verfahren, insbesondere im Bereich der Strafverteidigung, betätigen wollte.

Nach dieser kafkaesken Erfahrung war ich mir absolut sicher, dass die Rechtspflege hierzulande mausetot ist und Kritik an den Covid-19-Injektionen von allen Gerichten unterdrückt wird. Wenn sogar ein Senat eines Bundesverwaltungsgerichts – wie mir schien – über Nacht gedreht und auf Regierungskurs gebracht werden konnte, dann war es aus meiner Sicht abwegig, fortan noch auf die Standfestigkeit (und Unabhängigkeit) der Zivilrichter eines Landgerichts zu vertrauen.

Diese (Un-)Rechtsprechung ist auf dem besten Weg, ständige Rechtsprechung zu werden, was unbedingt – im Interesse aller – verhindert werden muss, denn sonst wird die Lüge in Zement gegossen und eine juristische Aufarbeitung irgendwann unmöglich. Vor diesem Hintergrund habe ich mich schliesslich Anfang 2024 entschlossen, eine Zivilklage gegen Biontech auszuarbeiten, um einen Beitrag dazu leisten zu können, dass sich das Blatt in solchen Verfahren gegebenenfalls noch wendet.